

München, 13.03.2017

Rosenthal bringt NS-Raubkunstfall in den Landtag

SPD-Kulturpolitiker will klären, warum das Finanzministerium den Raubkunstverdacht bei Kandinskys Kunstwerk "Das bunte Leben" nicht geprüft hat

Der SPD-Kulturpolitiker **Georg Rosenthal** bringt den spektakulären Fall des unter Raubkunstverdacht stehenden Kandinsky-Gemäldes "Das bunte Leben" in den Landtag. Es gehört der staatlichen Bayerischen Landesbank und ist eines der wichtigsten Werke im Münchner Lenbachhaus. Vor kurzem haben die Nachfahren der früheren jüdischen Eigentümer Lewenstein bei einem New Yorker Distriktgericht Klage eingereicht und machen geltend, dass es sich bei dem Gemälde um NS-Raubkunst aus dem früheren Familienbesitz handelt. Die Bayerische Landesbank habe dies beim Kauf von Kandinskys Werk im Jahr 1972 gewusst, so der Vorwurf.

Rosenthal will mit einer Anfrage zum morgigen Plenum (14. März) klären, warum das Finanzministerium nicht früher gehandelt und die Herkunft des ausgestellten Bildes geklärt hat: "Der Vorgang ist auch international höchst peinlich, denn auch Bayern bekennt sich zu den Washington Principles. Nicht nur, dass die Staatsregierung jahrelang Gelegenheit hatte, den NS-Raubkunstfall selbst zu lösen, sie riskiert auch noch einen langwierigen und kostenintensiven Prozess." Die "Washington Principles" sind eine internationale Übereinkunft, um die während der Zeit des Nationalsozialismus beschlagnahmten Kunstwerke der Raubkunst zu identifizieren, deren Vorkriegseigentümer oder Erben ausfindig zu machen und eine „gerechte und faire Lösung“ zu finden. Die Familie Lewenstein fordert nun die Herausgabe des Bildes oder 80 Millionen Dollar.